



Medienmitteilung zum Erfolg der Initiative "Für bezahlbare Wohnungen" in der Stadt Bern

## **Der überwältigende Erfolg der Initiative ist auch ein Bekenntnis zum gemeinnützigen Wohnungsbau als Garanten für langfristig gesicherte preisgünstige Wohnungen in Bern.**

Der Regionalverband Wohnbaugenossenschaften Bern- Solothurn ist hoch erfreut über die sehr deutliche Annahme der „Initiative für bezahlbare Wohnungen“ mit einem Stimmenanteil von über 70%.

Die deutliche Zustimmung der StadtbernerInnen zeigt, dass in der Berner Mietwohnungssituation der Schuh drückt. Der Ansatz, mit raumplanerischen Mitteln gegen steigende Mieten vorzugehen, überzeugte die Stimmberechtigten. Künftig sind alle BodeneigentümerInnen bei neuen, grösseren Überbauungen verpflichtet, einen Drittel der Wohnungen nach gemeinnützigen oder preisgünstigen Kriterien zu erstellen.

Mit diesem Erfolg erhalten die gemeinnützigen Bauträger zukünftig endlich wieder reelle Chancen, in Bern Wohnungen nach gemeinnützigen Kriterien realisieren zu können. Neben den institutionellen Anlage-orientierten Investoren werden in Zukunft vermehrt auch wieder Genossenschaften, gemeinnützige Aktiengesellschaften und Stiftungen als Bauträger auftreten und ihr Modell der Realisierung von langfristig gesicherten günstigen und qualitativ guten Wohnungen in intakten Nachbarschaften umsetzen.

### **Gute Basis auch für die laufenden und kommenden Verhandlungen mit der Stadt**

Die breite Zustimmung der Bevölkerung sowie das klare Bekenntnis des Gemeinderates zur Initiative gibt den laufenden Verhandlungen um städtische Areale zusätzliche Unterstützung. Die Legitimation für die gezielte, unbürokratische Förderung der gemeinnützigen Wohnbauträger im Warmbächli, im Viererfeld, im Burgernziel, an der Reichenbachstrasse, im Areal Mutachstrasse etc. ist deutlich gegeben.

Diese Zustimmung bedeutet auch ein Bekenntnis zur Objektförderung und damit eine Absage an die vom Gegenkomitee verlangte bürokratische Kontrolle der Mieterschaft. Die Verunsicherungstaktik der Gegnerschaft hat somit ebensowenig verfangen wie der geforderte Wechsel weg von der Objekthilfe.

Die Objektförderung von preisgünstigen Wohnungen, wie bereits vom Bund praktiziert, kann nun auch in Bern über die klaren Instrumente der Initiative (Anlagekostenlimiten und Kostenmiete) umgesetzt und kontrolliert werden.

Jürg Sollberger, 078 662 53 38  
Präsident Regionalverband Bern- Solothurn, Wohnbaugenossenschaften Schweiz